



Norddeutschland

- ◆ Interessenvertretung
- ◆ Beratung
- ◆ Information
- ◆ Aus- und Fortbildung

www.aswnord.de

St.-Nr.: 17/439/00584

Hamburg, den 25.4.2019

Pressebericht

Mittelstand meets Politik – ASW Nord auf einem Politikergespräch des BVMW

Auf einer gelungenen Podiumsdiskussion zur Europawahl am 24. April hatte der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) 4 Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete und einen Europapolitiker eingeladen. Wirtschaftsschutz wird das kommende Thema in der europäischen Wirtschaft werden.

Rund 50 Unternehmer kamen nach Hamburg-Barmbek in die Firmenräume der Goldbeck Nord GmbH. Im Einladungsschreiben machte der BVMW deutlich: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht im europäischen Vergleich sehr gut da. Mehr Wohlstand bei gleichzeitig hoher individueller sozialer Absicherung gab es bei uns nie zuvor. Doch das hat seinen Preis: Die Sozialausgaben sind mit einem Anteil von über 57 Prozent der mit Abstand größte Posten im Bundeshaushalt, bei der Steuer- und Abgabenlast für Betriebe und Bürger liegt Deutschland weit über dem OECD-Durchschnitt. Darunter leidet Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit. In Folge von Handelskonflikten, geopolitischen Auseinandersetzungen und Auflösungserscheinungen in der EU greift auch bei uns eine tiefliegende Verunsicherung um sich. In den USA und Europa wächst vor diesem Hintergrund der Rückhalt von Politikern und Programmen, die auf nationale Alleingänge und Abschottung setzen. Beides ist für den Mittelstand kein gangbarer Weg. Eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzt und Freihandel ablehnt, nutzt kurzfristig wenigen und schadet langfristig vielen. Um so mehr ist es Aufgabe der Politik, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Dazu müssen Sicherheit, Wohlstand und Innovationskraft auch in Zukunft garantiert sein.“

Die Politikerrunde bestand aus:

- Dr. Joachim Seeler, SPD Bürgerschaftsfraktion Hamburg
- Dr. Reinhard Bütikofer, MdEP, Bündnis 90/Die Grünen

Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e.V. | www.aswnord.de

Vorstand i. S. d. § 26 BGB: Herren Carsten Klauer, Vorsitzender Alexander Brückmann, Norbert Brilla sellvertr. Vorsitzende

Kamerbalken 14, 22525 Hamburg | T. 040 . 81 80 36 | Fax 040 . 81 49 07 | Email: vswn@vswn.de

Kontoverbindung: Deutsche Bank AG | IBAN: DE23 2007 0024 0616 3208 00 | BIC: DEUTDE33HAN

- Dr. Roland Heintze, Landesvorsitzender der CDU Hamburg
- Prof. Dr. Andreas Moring, stv. Landesvorsitzender der JuLis Hamburg
- Dr. Martin Dolzer, Die Linke, Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
- Dr. Alexander Wolf, AfD, Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Gleich zu Beginn erklärte der Moderator, Dr. Hans-Jürgen Völz vom BVMW, dass eine Umfrage unter den Wählern zur Europawahl 2019 ergab, dass 45 % der Wähler ihre Kandidaten nicht kennen.

Dr. Reinhard Bütikofer, Mitglied des Europaparlaments (Bündnis 90/Die Grünen), rief das Plenum zur Beteiligung und Werbung für die kommende Europawahl auf, denn es handelt sich diesmal um eine Richtungswahl. Gemeinsames europäisches Handeln für Industrie, Handel, Mittelstand und Digital sei das Gebot der Stunde.

In Eingangsstatements brachten die Politiker zum Ausdruck, das zur Erreichung von Gerechtigkeit der Reichtum umverteilt werden muss, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der EU einfacher geworden ist und Europa als politische und wirtschaftliche Einheit erhalten werden muss.

Auf Frage der ASW Nord, welche Bedeutung der Wirtschaftsschutz in der Politik habe, erklärte Dr. Joachim Seeler von der SPD Bürgerschaftsfraktion Hamburg, das der Wirtschaftsschutz das kommende zentrale Thema sein wird. Die Verantwortung liege jedoch in erster Linie bei den Unternehmen, die Politik könne nur flankierend helfen. Besonders wichtig sei der europäische Wirtschaftsschutz mit Schutzklauseln in Handelsverträgen sowie dem Cyberschutz. Bütikofer sagte, dass bei dem Kauf von Schlüsselindustrien zum Schutz der Wirtschaft die EU verstärkt intervenieren sollte.

Die Runde der Politiker war sich einig, das Risiken für die europäische Wirtschaft nicht ignoriert werden dürfen, zumal die Chinesen in das kommende 5G-Netz investieren wollen.

Klaus Kapinos